

Protokoll der Senatsitzung vom 22. Oktober 2024

Anwesende Senatsmitglieder
mit beschließender Stimme:

Prof. SCHMITZ, Prof. KNAUFF, Prof. PIGORSCH, Prof. MATUSCHEK,
Prof. KNOEPFFLER, Prof. BECKSTEIN, Prof. RONNING, Prof. TUCHAR-
NIN, Prof.in MITTAG, Prof.in KÜSEL, Prof. SCHUBERT, Prof. HENN,
Frau THOMAS, Frau PEINELT, Herr KRÖNING, Herr WIEMUTH, Frau
MEHLIS, PD Dr. KOSAN, apl. Prof. CLAUS, apl. Prof. LUPP, Frau FICK-
LER-TÜBEL, Herr PRATER, Frau GLASER, Herr HORN

Anwesende Senatsmitglieder
mit beratender Stimme:

Prof. MARX, Prof. POHNERT, apl. Prof. WEICHOLD, Prof. CANTNER,
Dr. HELD, Prof. GREEN, Herr PLITZKO, Frau SCHOELE, Herr RÜTTGER,
Prof. WERMKE, Prof. OHLER, Prof. WALGENBACH, Prof. VON PUTT-
KAMER, Prof. DAUMANN, Prof. PAVLYUKEVICH, Prof. KUKOWSKI, Prof.
KLOTZ, Prof. KAMRADT

Leitung:

Prof. MARX

Durchführung:

Der Senat findet statt als Präsenzsitzung im Senatssaal.

ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 12 **Berichte**

- Der Präsident berichtet, dass der Oberste Gerichtshof der Russischen Föderation die Deutschen Gesellschaft für Osteuropaforschung (DGO) als extremistische Organisation eingestuft habe. Prof. VON PUTTKAMER, selbst Vorstand der DGO, führt aus, dass daher sämtliche Mitglieder und Kooperationspartner der DGO von hohen Haftstrafen bedroht seien, und dies nicht nur in Russland selbst. Deutsche Staatsbürger könnten auch aus mit Russland befreundeten Staaten wie etwa Belarus, Serbien oder aus den zentralasiatischen Staaten ohne Vorwarnung nach Russland ausgeliefert werden. Die FSU Jena habe daher ein Protestschreiben mit Bitte um Mitzeichnung an 22 deutsche Universitäten versendet.
- Der Präsident berichtet von einem Gespräch der Hochschulleitung mit dem TMWWDG am 24. September 2024 zur StEP-Planung der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Vor dem Termin wurde an Minister TIEFENSEE ein Brief versendet, in dem auf das widersprüchliche Agieren des Ministeriums aufmerksam gemacht und die Folgen übereilten Handelns aufgezeigt wurden. Nach den Diskussionen am TMWWDG sei dem Präsidium Zeit bis zum Ende des Sommersemesters 2025 gegeben worden, um einen Plan, wie man der Haushaltssituation dezidiert begegnen wolle, auszuarbeiten und dem TMWWDG vorzulegen. Im Zuge dessen werde die Betrauung des Erweiterten Präsidiums mit Aufgaben im Sinne eines Entwicklungsrats sehr positiv wahrgenommen. Es werde zudem von nun an regelmäßige Gespräche zwischen dem Präsidenten und Dr. EDINGER (Leiter Referat 42, TMWWDG) zum Stand

der Arbeiten geben. Der Termin in Erfurt selbst sei dagegen insofern ohne konkrete Lösungsansätze zu Ende gegangen, als derzeit jedwede Planung ohne die Kenntnis konkreter Zahlen erfolgen müsse. Der Präsident erklärt zudem, dass man sich, sollten beide Exzellenzclusterinitiativen erfolgreich sein, als Exzellenzuniversität bewerben wolle. In diesem Fall müssen alle Planungen grundlegend angepasst werden.

- Der Präsident berichtet, dass am 10. Dezember 2024 ein Town-Hall-Gespräch zur Zukunftsplanung der Universität (verschränkt mit den Planungen zur Exzellenzstrategie) stattfinden soll, in welchem auch alle Fragen rund um das bis zum 31. Januar 2025 erbetene Strategiepapier und den Prozess beantwortet werden sollen. Es gehe vor allem darum, Argumente für den Erhalt der Disziplinen zu generieren, die man außerhalb der eigenen Wissenschaftsdisziplin und vor allem in Erfurt verstehe. Es geht nicht darum, Professuren zur Streichung anzubieten. Insofern biete es sich an, fortan von Zukunftsplanung zu sprechen und den negativ konnotierten Begriff StEP zu vermeiden.
- Der Präsident berichtet von der Klausurtagung der Thüringer Landespräsidentenkonferenz (TLPK). Die TLPK werde gemeinsam die neue Landesregierung auffordern, die Versorgungslasten aus dem Hochschulbudget auszuklammern. Gleiches gilt für die Tarif-Steigerungen, die übernommen werden müssen. Ferner wird vermutet, dass die aktuelle Rahmenvereinbarung V zunächst um ein Jahr fortgeschrieben wird.
- Der Kanzler berichtet, dass die Arbeit des CIO-Gremiums positiv evaluiert worden sei. Man habe sich nach dem Ausscheiden von Prof. STEINBECK dazu entschlossen, zukünftig mehr Hochschullehrende in das Gremium einzubinden, damit es der Kernaufgabe, strategische Empfehlungen zur Digitalisierung in Forschung, Lehre, Bibliothek und Verwaltung an der FSU Jena zu geben, besser nachkommen könne. Es werde fortan ein jährlicher Bericht zur Arbeit des Gremiums für das Präsidium verfasst.
- Der Kanzler berichtet, dass das Altsystem für die Personalverwaltung (HIS SVA) am 30. September 2024 in den Lesemodus gesetzt wurde, wodurch die parallele Datenerfassung im Personaldezernat entfalle. Fortan werde nur noch das SAP-System gepflegt.
- Der Kanzler berichtet, dass eine Softwarelösung für die Anerkennung von Studierenden an anderen Hochschulen erworbenen Leistungen implementiert werden soll. Dies werde die Abwicklung von Anerkennungsentscheidungen, deren Darstellung sowie der automatisierten Übertragung von Daten in das Campus-Management der Universität Jena unterstützen. Das bereits laufende Pilotprojekt im Rahmen des FECT-Projektes mit der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät werde spätestens 2027 evaluiert und danach ggf. für alle Fakultäten bereitgestellt.
- Der Kanzler berichtet, dass die Dokumentation dezentraler IT-Systeme in den Fakultäten bislang unzureichend sei. Durch die Aufnahme der dezentralen IT-Systeme in eine zentrale Configuration Management Database soll die Kenntnis zu den dezentral eingesetzten Systemen verbessert und die Gefahr von Cyberattacken auf diese Systeme reduziert werden. Zudem werde zeitnah ein Schulungskonzept zum Datenschutz vorgestellt, wobei strukturierte Sensibilisierung und Qualifizierung über onlinegestützte Grundlagenangebote und Vertiefungen im Vordergrund stehen werden.
- Der Kanzler berichtet, dass es ab dem 1. Januar 2025 eine erweiterte Meldepflicht für öffentliche Einrichtungen an die Finanzbehörden zur Zahlung an natürliche Personen gebe, die neben dem Geburtsdatum auch den Nachweis einer deutschen Steuer-ID beinhalte. Die Erfassungspflicht gelte für Zahlungen an Personen aus dem In- und Ausland (Honorar- und Werkverträge, Stipendien) gleichermaßen. Der Kanzler schlägt vor, eine deutsche Steuer-ID von ausländischen Zahlungsempfängern nur dann einzufordern, wenn die Überschreitung

einer Bagatellgrenze in Höhe von 3.000,00 EUR absehbar ist. 95 % der ca. 300 Fälle pro Jahr lägen unterhalb dieser Bagatellgrenze.

- VP CANTNER berichtet, dass am 26. September 2024 die Auftaktveranstaltung zur neuen Runde des Cross-Mentoring-Programms des Unibunds Halle – Jena – Leipzig stattgefunden habe. Es seien 18 neue Mentees aufgenommen worden. Etwa 75 % der ehemaligen Mentees schaffen es in eine Professur.
- VP CANTNER berichtet, dass am 02. Oktober 2024 das UniWiND-Symposium zum Thema ›Förderung der Internationalisierung in frühen wissenschaftlichen Karriere-phasen‹ in Heidelberg stattgefunden habe. Er sei erneut für 3 Jahre in den UniWiND-Vorstand gewählt worden.
- VP CANTNER berichtet, dass am 29. Oktober 2024 die Veranstaltung ›Willkommen zur Promotion‹ in der Aula des UHG stattfinden werde.
- VP CANTNER berichtet, dass die FSU Jena erneut das Jenaer Familiensiegel des Jenaer Bündnis für Familie verliehen bekommen habe.
- VP POHNERT berichtet, dass der Antrag ›SynThera‹ (Sprecher: Prof. Dr. Kai PAPENFORT) im ›Durchbrüche‹-Programm der Carl-Zeiss-Stiftung erfolgreich war und mit 5.000.000 € über einen Zeitraum von sechs Jahren gefördert werde.
- VP POHNERT berichtet, dass der gemeinsame Antrag der Universitäten Mainz und Jena ›Nano@Liver‹ (Sprecher: Prof. Dr. Stephan GRABBE, Mainz, und Prof. Dr. Ulrich S. SCHUBERT, Jena) im ›Durchbrüche‹-Programm der Carl-Zeiss-Stiftung erfolgreich war und mit 5.000.000 € über einen Zeitraum von sechs Jahren gefördert werde.
- VP POHNERT berichtet, dass Prof. Dr. Carsten RONNING (PAF) gemeinsam mit Wissenschaftler:innen des KIT und der UNIL einen ERC Synergy Grant eingeworben habe.
- VP WEICHOLD berichtet von Studieneinführungstagen 2024. Es sei u.a. eine Umfrage durchgeführt worden, weshalb sich die jungen Studierenden für Jena entschieden haben. Unter den meistgenannten Antworten seien das Profil der Stadt, die Nähe zu Heimat, das Studienangebot, die Bewertung auf Studycheck und Empfehlungen durch andere gefallen.
- VP WEICHOLD berichtet von der letzten Sitzung der Kommission für Studienabschlussbeihilfen und einmalige Studienbeihilfen für ausländische Studierende ohne deutsches Abitur am 25. September 2024. Es seien insgesamt zwei Stipendien vergeben worden.
- VP WEICHOLD berichtet, dass das Qualitätssicherungssystem der Universität mit vier Auflagen, deren Erfüllung gegenüber dem Akkreditierungsrat bis zum 10. Juli 2024 nachzuweisen waren, reakkreditiert worden sei. Nun sei die Erfüllung der Auflagen durch den Akkreditierungsrat bestätigt worden. Das System gelte damit bis zum 29. September 2029 als reakkreditiert.
- VP WEICHOLD berichtet von den aktuellen Studierendenzahlen. Am 20. Oktober 2024 waren insgesamt 16.470 Studierende immatrikuliert. Damit liege die FSU 2,8 % hinter dem Vorjahreswert zum 20. Oktober 2023 und 4,1 % hinter dem Wert zum Statistikstichtag 31. Oktober 2023. Bei den internationalen Studierenden im 1. Fachsemester (+24,6 %) und Masterstudierende im 1. Fachsemester (+20,7 %) seien die Vorjahreswerte bereits deutlich überschritten worden. Im 1. Fachsemester von Bachelorstudiengängen (-8,8 %), LA Gymnasium (-16,7 %) und LA Regelschule (-21,4 %) liege man teilweise deutlich hinter den Vorjahreswerten. Die endgültigen Ergebnisse werde VP Weichold im kommenden Senat ausführlich vorstellen. Wengleich die Anstrengungen im Kontext der AG gewinnen und halten offensichtlich erste Früchte zu tragen scheinen, gebe es vor allem in der Bewerbung der Studiengänge

oder dem Masterzulassungsverfahren noch Verbesserungspotenzial. Der Kanzler ergänzt, dass auch das Zulassungsverfahren im Masterbereich weiter verbessert könne, problematisch sei jedoch vor allem die Ausschöpfungsquote von lediglich 7 % im Masterbereich sowie generell im Bachelor- und Lehramtsbereich zu suchen.

TOP 13 Stellungnahme zum Entwurf des Wirtschaftsplanes 2025 für den Landeshaushalt der Universität

Der Kanzler gibt ausführlich Auskunft über den Wirtschaftsplan 2025 für den Landeshaushalt. Dabei wird insbesondere eingegangen auf die für 2025 erwarteten Erträge, die kalkulierten Aufwendungen und auf die weitere Entwicklung der Finanzmittelbestände.

Der Kanzler erklärt, dass die Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2025 nach den Standards Staatlicher Doppik erfolgt und die Haushalts- von den Drittmitteln getrennt voneinander geplant werden. Aus Transparenzgründen sei dem Wirtschaftsplan das erste Mal eine Überleitungsrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung zu Finanzmittelbeständen) beigelegt worden.

Aufgrund der bereits eingeleiteten Sparmaßnahmen sowie außerordentlicher Zuweisungen durch das TMWWDG (u.a. Energiekostenzuschuss & Zuweisung nicht verausgabter Reste an Bundesmitteln anderer Hochschulen) konnte die ursprünglich drohende Zahlungsunfähigkeit zum Jahreswechsel 2024/2025 abgewendet werden. Das Risiko vollständig abschmelzender Finanzmittelbestände konnte im vergangenen Jahr sukzessive in die Zukunft geschoben werden und wird nun erst zum Jahreswechsel 2027/2028 erwartet.

Der Kanzler berichtet, dass der Haushaltsausschuss den Wirtschaftsplan 2025 ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen hat.

Prof. KNOEPPFLER bedankt sich für die konzise Darstellung des Kanzlers. Es gibt keine Rückfragen.

Vor diesem Hintergrund nimmt der Senat gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 12 ThürHG einstimmig positiv Stellung zum Wirtschaftsplan und erklärt gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 11 ThürHG sein Einverständnis zu den Grundsätzen der Ausstattung und internen Mittelverteilung.

TOP 14 Erlass einer Satzung des Doktorandenrates

Prof. CANTNER erklärt, dass gemäß § 21 Abs. 4 Satz 5 ThürHG und § 8a Abs. 3 GrO die Hochschule Aufgaben, Rechte, Zusammensetzung und Wahl der Promovierendenvertretung in Form einer Satzung regeln müsse. Aus diesem Grund soll die bestehende Geschäftsordnung, inklusive der vom DR.FSU angeregten Änderungen, nunmehr in eine durch den Senat beschlossene Satzung überführt werden. Dem vom Rechtsamt erarbeiteten Entwurf hat der DR.FSU am 1. August 2024 einstimmig zugestimmt. Das Präsidium hat den Satzungsentwurf am 15. Oktober 2024 gebilligt.

Vor diesem Hintergrund stimmt der Senat dem Erlass der vorliegenden Satzung des Doktorandenrates einstimmig zu und empfiehlt dem Präsidenten, die Satzung zu genehmigen.

TOP 15 Änderung der Satzung zur Vergütung von Lehraufträgen

Apl. Prof.in WEICHOLD erklärt, dass die Änderung der Thüringer Lehrauftragsverordnung vom 7. August 2024 erfordert die Anpassung der Satzung zur Vergütung von Lehraufträgen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Herr PRATER und Frau GLASER fragen, ob durch die Änderung in § 3 Abs. 1 Satz 3 der Satzung nicht § 21 Abs. 1 Satz 4 ThürHG unterlaufe, da dadurch Lehrbeauftragten per se die Mitgliedschaft an der FSU verwehrt würde. Dr. DANZ erklärt, dass dies insofern keine Rolle spiele, als an der FSU keine Lehrbeauftragte:r im Umfang von mehr als 8 LVS beschäftigt sei.

Vor diesem Hintergrund stimmt der Senat der Dritten Satzung zur Änderung der Satzung zur Vergütung von Lehraufträgen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena einstimmig zu und empfiehlt dem Präsidenten, die Satzung zu genehmigen.

TOP 16 Bericht über das Konzept des Deutschen Optischen Museums (D.O.M.)

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf den Senat am 12. November 2024 vertagt.

TOP 17 Bericht über das Projekt ›Sprachkult‹¹

Prof. WERMKE berichtet, dass es sich beim Projekt ›Sprachkult‹ um eine Kooperations-, Werbe- und Angebotsplattform handele, die sich an Studierende aller Fakultäten richte.

Die drei primären Ziele, die man mit dem Projekt verfolge, seien: 1.) Vorbehalte gegenüber dem Erlernen von Sprachen im Studium auszuräumen und das Sprachlernen vielmehr als Chance zur intensiveren Teilhabe an der eigenen Wissenschaftsdisziplin darzustellen, 2.) Sprachen als Schlüssel zur Erschließung fremder Kulturen zu präsentieren, und 3.) v.a. ›kleinere Sprachen‹ zu stärken bzw. sichtbar zu machen.

Die Seminarangebote, so Prof. Wermke weiter, seien in Friedolin ausgewiesen und können bspw. über ASQ-Module belegt werden. Besonders attraktiv seien die Angebote von ›Sprachkult‹ auch deshalb, weil über den Semesterbeitrag hinaus keine weitere Teilnahmegebühr fällig werde.

Die binnen eines Jahres aufgebaute Webpräsenz sei derzeit nur über den Pfad *Forschung – Profillinien – Liberty* oder direkt über den in Anm. 1 genannten Link erreichbar. Zukünftig soll dies auch über die Websites verschiedener Fakultäten möglich sein.

Der Präsident dankt Prof. WERMKE und Prof. WEIGELT für den Bericht und das im Zuge dieser Initiative gezeigte Engagement.

¹ URL: <https://www.uni-jena.de/255673/sprachen-und-kulturen-sprachkult> (Aufrufdatum 23. Oktober 2024)

TOP 18 Verschiedenes

- Der Präsident lädt alle Mitglieder des Senats persönlich zur Feierlichen Immatrikulation am Donnerstag, dem 24. Oktober 2024, um 14:00 Uhr in das Volkshaus ein. Im Anschluss an die Veranstaltung finde die traditionelle Baumpflanzung Am Planetarium 7 statt.
- Der Präsident lädt alle Mitglieder des Senats persönlich zu seiner Feierlichen Investitur am 28. Oktober 2024, um 16:00 Uhr in die Aula (UHG) ein.
- Der Präsident lädt alle Mitglieder des Senats persönlich zu einer Podiumsdiskussion zum Thema ›Menschenrechte und Menschenwürde: Haben wir aus Diktaturerfahrungen gelernt?‹ mit den Nobelpreisträgerinnen Herta MÜLLER und Irina SCHERBAKOWA am 6. November 2024, um 18:00 Uhr in den Hörsaal 1, Carl-Zeiß-Straße 3 ein.
- Der Präsident lädt alle Mitglieder des Senats persönlich zu einer Podiumsdiskussion zum Thema ›Keine Angst vor Kontroversen. Warum Demokratie ohne Debatten nicht funktioniert‹ mit Dunja HAYALI, Ahmad MANSOUR, Constantin SCHREIBER, Walter ROSENTHAL und Deniz YÜCEL am 14. November 2024, um 18:00 in den Hörsaal 1, Carl-Zeiß-Straße 3 ein.
- VP WEICHOLD berichtet vom diesjährigen Dies Legendi am 19. November 2024, der unter dem Motto ›Let's communicate – Diskurskultur in Lehrveranstaltungen‹ stattfindet.
- Herr KRÖNING kritisiert, dass Stipendiat:innen von der Friedrich-Schiller-Universität Jena zukünftig keine Tagegelder ausgezahlt werden. Dies sei eine Ungleichbehandlung. Der Kanzler erklärt, dass Stipendiat:innen – anders als Angestellte oder Beamt:innen – keinen Anspruch auf die Auszahlung eines Tagegelds haben. Vor dem aktuellen finanziellen Hintergrund habe das Präsidium beschlossen, zukünftig kein pauschales Tagegeld mehr zahlen zu wollen.



Dr. Christopher DOMHARDT

Jena, 24. Oktober 2024